



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 15. Januar 2015

PRESSEINFORMATION

Vermeidung eines großflächigen Baustops in Essen Witzel thematisiert Kanalproblematik erneut im Landtag

Auf Drängen des Essener FDP-Landtagsabgeordneten Ralf Witzel muß sich die nordrhein-westfälische Landesregierung in diesen Tagen erneut mit der Entwässerungsproblematik im Essener Süden befassen. Hintergrund ist die Ordnungsverfügung, die die zuständige Düsseldorfer Bezirksregierung bereits 2014 verhängt hat, und durch die möglicherweise in weiten Bereichen der südlichen Stadtteile Rüttenscheid, Bredeney und Stadtwald für die Dauer mehrerer Jahre keine neuen Bauvorhaben mehr in Betrieb genommen werden dürfen.

Schon am 8. Dezember 2014 hat ein Gespräch zwischen Vertretern der Bezirksregierung Düsseldorf und der Stadt Essen stattgefunden mit dem Ziel, größeren Schaden von der Stadt Essen abzuwenden. Bislang ist lediglich vage bekannt, daß die Kommunalaufsicht wohl ein Entgegenkommen signalisiere und die drohende Ordnungsverfügung wohl doch nicht ganz so gravierende Konsequenzen für die geplanten Bauvorhaben haben könnte wie zunächst befürchtet.

Witzel hat daher nun die Landesregierung in einer offiziellen Parlamentsanfrage aufgefordert, konkrete Erkenntnisse wie genauen Vereinbarungen aus dem Gespräch zwischen Landesbehörden und der Essener Verwaltung öffentlich mitzuteilen, um alle Beteiligten auf den aktuellen Sachzustand zu bringen und frühzeitig zu erfahren, für wie belastbar das Land die Argumentation der Stadt Essen zu Versiegelungsflächen hält, die diese nunmehr der Bezirksregierung vorgelegt hat.

„Seit Jahren kämpft Essen entschlossen gegen den Einwohnerschwund an, und es wird viel versucht, die Einwohnerzahl zumindest dauerhaft zu halten. Dies könnten wir auch realistisch schaffen, wenn es gelänge, die hohe Zahl an beruflich bedingten Einpendlern zu bewegen, mit ihren Familien in die Stadt Essen zu ziehen. Voraussetzung dafür ist jedoch die Ausweisung und Entwicklung von Flächen für neuen attraktiven sowie bezahlbaren Wohnraum gerade auch in gefragteren Wohnlagen. Ein Baustop für hunderte Wohnungen in gefragten Lagen würde dieses Ziel aber völlig konterkarieren und hätte somit auch enorme Auswirkungen für unsere hochverschuldete Kommune“, begründet der FDP-Politiker seinen Kampf für die Vermeidung eines Baustops.